



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

LIBERALISMUS NEU DENKEN

IN EINER UNSICHEREREN WELT

Eine Agenda für unsere Zukunft

José Pablo Salas Alvarez
María del Carmen Salas Alvarez

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

✉/freiheit.org

📘/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

📺/FNFreiheit

Autoren

José Pablo Salas Alvarez
Carmen Salas Alvarez

Redaktion

Siegfried Herzog, FNF-Regionaldirektor für Lateinamerika
María José Salcedo, FNF-Projekt Koordinatorin für Mexiko
Daniela Domínguez, FNF-Projektassistentin für Klima und Flucht in Mexiko
Jihen Maatoug, FNF-Projekt Koordinator für Tunesien
Daouda Seck, stellvertretender FNF-Direktor für Senegal
Tien Pham, stellvertretender FNF-Direktor für Vietnam und Projektmanager
Chaimae Bourjij, FNF-Projekt Koordinatorin für Marokko
Rana Amad, FNF Projekt Koordinatorin für Palästinensische Autonomiegebiete

Gestaltung

Alexandra Arévalo, FNF-Kommunikation Mexiko-Projekt

Kontakt

Teléfono +49 30 220126-34
Telefax +49 30 690881-02
E-Mail service@freiheit.org

Datum

Novembre 2023

Hinweis zur Verwendung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsdienst der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf von politischen Parteien und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes nicht zu Zwecken der Wahlwerbung (Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament) verwendet werden.

Einführung

VORWORT	4
EINFÜHRUNG	6
A. DIE STÄRKUNG DER RECHTSSTAATLICHKEIT	7
Strategien	7
B. EIN WEG ZU EINER AUSGEWOGENEN MARKTWIRTSCHAFT	9
Unterscheidung zwischen Liberalismus und Kapitalismus	9
Förderung einer Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung: Die zukünftige liberale Agenda	9
Lösungen für eine ausgewogene zukünftige Marktwirtschaft	10
C. FREIHEIT IM KONTEXT VON MISINFORMATION	11
Fehlinformationen und Populismus	11
Mögliche Strategien	12
D. SCHLUSSFOLGERUNGEN	14
Diskurs & Kommunikation	14
Politisches Handeln und internationale Zusammenarbeit	14
Verantwortung	15
Eintreten für einen freien Markt	15
E. SCHLUSSFOLGERUNGEN	16
MITWIRKENDE UND AUTOREN	17
LITERATURVERZEICHNIS	18

Vorwort

Die lokalen Projektkoordinatoren der Friedrich-Naumann-Stiftung aus der ganzen Welt organisierten ein Globales Forum zum Thema „Rethinking Liberalism“. Dies war das erste Mal, dass eine Veranstaltung von lokalen Kollegen aus aller Welt gemeinsam konzipiert und organisiert wurde. Sie alle haben einen unterschiedlichen kulturellen, wirtschaftlichen, religiösen und sozialen Hintergrund, aber sie teilen das gleiche Engagement für die grundlegenden menschlichen Werte, die Idee der unveräußerlichen Menschenrechte und den Kerngedanken des Liberalismus, dass die beste Art, eine Gesellschaft zu organisieren, eine offene Gesellschaft ist, die die individuelle Freiheit maximiert.

Eine offene Gesellschaft ist nicht gleichbedeutend mit Chaos und Gesetzlosigkeit; sie erfordert einen starken institutionellen Rahmen mit drei Elementen: Rechtsstaatlichkeit in Verbindung mit einem starken System zum Schutz der Menschenrechte, das von einer politisch unabhängigen Justiz aufrechterhalten und durchgesetzt wird; eine partizipatorische Demokratie mit freien, fairen Wahlen, einer freien Presse, einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer vertikalen, subsidiären Gewaltenteilung, einschließlich starker lokaler Regierungen; und schließlich eine soziale Marktwirtschaft, die ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Freiheit für alle ermöglicht, einen offenen Wettbewerb zulässt, der von unabhängigen Monopolwächtern überwacht wird, aber auch ein Umverteilungselement aufweist, um allen Menschen Zugang zu Gesundheit und Bildung zu verschaffen, und das in der Lage ist, ein Sicherheitsnetz gegen extreme Armut zu schaffen.

In den letzten 300 Jahren haben sich diese Ideen durchgesetzt und die Gesellschaften in immer mehr Ländern verändert. Die letzte große Welle der Demokratisierung begann in den 1980er Jahren und gewann in den 1990er Jahren an Fahrt, als der Kommunismus in Osteuropa gestürzt und der Kalte Krieg beendet wurde. In den letzten Jahrzehnten hat sich dieser Trend jedoch umgekehrt, und eine wachsende Zahl von Ländern sieht sich mit einer Einschränkung ihrer Freiheiten konfrontiert, mit Angriffen auf die Medien und die Zivilgesellschaft, mit der Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit, manche haben sich sogar in regelrechte Diktaturen verwandelt, wie Venezuela und Nicaragua. Selbst in den traditionellsten Demokratien wurden die Ideale des Liberalismus in einer Weise in Frage gestellt, die wir nie für möglich gehalten hätten: Zuerst der Brexit in Großbritannien, der so genannten ältesten Demokratie, ein Schlag gegen den liberalen Traum von einem gemeinsamen Markt in einem politisch geeinten Europa; und dann die Wahl von Donald Trump in den USA, dessen Präsidentschaft in einem tatsächlichen Putschversuch endete. Der jüngste Schlag war der russische Invasionskrieg gegen die Ukraine, ein direkter Angriff auf praktisch alle Grundprinzipien des in der UNO veranker-

ten Systems internationaler Regeln: territoriale Integrität, Verbot von Angriffs- und Eroberungskriegen und Achtung internationaler Verträge.

Gleichzeitig sind die liberalen Demokratien aufgewacht und haben begonnen, zurückzuschlagen. Die starke und in der Tat wachsende Unterstützung für die Ukraine durch die liberalen Demokratien hat Putin - und Xi Jinping - überrumpelt. Auf einer grundlegenden Ebene kommen die Liberalen zusammen, um herauszufinden, wie wir uns gegen die Herausforderungen von Populismus und Autoritarismus wehren können, die unsere Gesellschaften bedrohen. Dieses Papier hat seinen Ursprung in diesem Kontext. Als eine Stiftung, die sich dem Aufbau und der Verteidigung offener liberaler Gesellschaften widmet, haben wir erkannt, dass wir uns stärker auf diese Herausforderung konzentrieren und nach Wegen suchen müssen, ihr zu begegnen.

Unsere Agenda ist sehr umfassend, denn die Angriffe auf die Ideen des Liberalismus kommen von vielen Fronten. Die Rechtsstaatlichkeit mit dem Schutz der Grundrechte ist das wichtigste und gleichzeitig das am wenigsten verstandene Element des Liberalismus. Sie ist grundlegend, weil sie die Spielregeln für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft festlegt und aufrechterhält, und wie jeder Fußballfan weiß, braucht man einen neutralen Schiedsrichter, um ein anständiges Spiel zu haben. Dies ist die einfache Logik hinter der Unabhängigkeit der Justiz und den Grenzen der politischen Macht. Dennoch gibt es viele Angriffe auf diese grundlegende Idee: Populisten sind der Meinung, dass ein Wahlsieg ihnen alle Befugnisse einräumen sollte und dass rechtliche Einschränkungen die Umsetzung des Volkswillens nur behindern. Autoritäre Regime denken genauso, nur, dass sie ganz auf Wahlen verzichten. In Autokratien gibt es keine Rechtsstaatlichkeit, das Recht wird vielmehr als Instrument der herrschenden Macht eingesetzt, wobei die Richter den Willen des Führers oder, in China, der Partei umsetzen müssen.

Auch die Marktwirtschaft befindet sich nach einer langen Phase der zunehmenden Globalisierung auf dem Rückzug. Ein Schock war die Finanzkrise, die systemische Schwächen in unserem Finanzsystem aufgedeckt hat, die wir noch nicht vollständig behoben haben. Der protektionistische Gegenschlag gegen die Globalisierung hat die Effizienz der WTO untergraben, und zu einer zersplitterten Landschaft bilateraler Freihandelsabkommen geführt. Schlecht durchgeführte Privatisierungen, ungleichmäßiges Wachstum und eine Reihe von Krisen haben den Ruf nach mehr staatlichen Eingriffen verstärkt. Dies erfordert von uns Liberalen sowohl Selbstreflexion als auch neue Ideen.

Die Digitalisierung und der Aufstieg der sozialen Medien sind sowohl ein Segen als auch ein Fluch: Informationen sind viel leichter verfügbar, die globale Kommunikation einfach und schnell, genauso aber auch Propaganda und Misinformation. Die zunehmende Raffinesse der künstlichen Intelligenz verspricht Herausforderungen für die Zukunft. Die liberale Demokratie braucht einen öffentlichen Raum des Diskurses, um zu funktionieren, um unterschiedliche Interessen und Ideen friedlich auszuhandeln. Die zunehmende politische Polarisierung erschwert einen vernünftigen Diskurs, und sowohl Misinformation als auch eine übersteigerte Tendenz kritischer Theorien, Wahrheits- und Tatsachenbegriffe in Frage zu stellen, machen es schwieriger, sich auf grundlegende Konzepte zu einigen. Sogar die Form der Erde ist heutzutage umstritten...

Schließlich stehen wir weltweit vor zwei Herausforderungen: Klimawandel und Migration. Beide werden sich verschärfen und sich in gewissem Maße gegenseitig verstärken, da der Klimawandel die Lebensfähigkeit und die Landwirtschaft in einigen Regionen beeinträchtigt. Die Welt ist nicht gut gerüstet, um solche kollektiven Herausforderungen zu bewältigen, und in einer Zeit wachsender und eskalierender Konflikte wird es noch schwieriger. Bei der Migration kommt hinzu, dass Gesellschaften nur begrenzt in der Lage sind, Einwanderer aufzunehmen und zu integrieren. Als Liberale stehen wir vor der Herausforderung, marktorientierte Lösungen zu entwickeln und zu erläutern, um den Übergang zu einer saubereren, klimaneutralen Produktion zu bewältigen und einen Weg zu finden, Migration und Integration auf wirksame und humane Weise zu steuern und dabei den grundlegenden Wunsch der Menschen zu respektieren, sich zu bewegen, um ihre Familien zu retten oder ihnen eine bessere Zukunft zu sichern.

Die Liste an Herausforderungen scheint riesig. Sich ihr zu stellen ist allerdings alternativlos. Wir tun dies in dem Wissen, dass Systeme der Freiheit und Offenheit manchmal chaotisch aussehen, aber sie allein können die Dynamik, die Kreativität und die freiwillige Zusammenarbeit hervorbringen, die notwendig sind, um tatsächlich Fortschritt für alle zu gewährleisten. Dennoch müssen wir auch die Idee des Liberalismus weiterentwickeln, und zwar mit weitaus mehr Input aus den Gesellschaften in aller Welt. Der Liberalismus wird oft als ein europäisches Konzept abgetan. Unsere Kollegen aus aller Welt sehen das anders, sie verstehen seinen universellen Wert, aber sie verstehen auch, dass er viel stärker auf die konkreten Bedürfnisse und Anliegen ihrer Gesellschaften abgestimmt werden muss. Dieses Papier gibt Antworten auf die oben genannten Herausforderungen aus der Sicht unserer Kollegen, die in vielerlei Hinsicht an vorderster Front im Kampf für freie Gesellschaften stehen, oft unter großen persönlichen Risiken. Ihre Ideen und Ansichten müssen gehört werden.

Michael Link MdB

Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Einführung

In jüngster Zeit stehen Länder auf der ganzen Welt vor ähnlichen Herausforderungen: Der Aufstieg populistischer Führer und rechtsextremer Bewegungen in Verbindung mit dem anhaltenden Einmarsch Russlands in die Ukraine hat die globale Ordnung gestört und die Grundsätze der liberalen Demokratie bedroht. Neue Technologien wie soziale Medien und dynamische sozio-politische Rahmenbedingungen verschärfen diese Krise, da sie populistischen Führern die Möglichkeit geben, effektiver mit den Wählern in Kontakt zu treten. Der Populismus ist weltweit auf dem Vormarsch und wirkt sich auf Politik und Gesellschaft aus, was zu verschiedenen Krisen, Polarisierung und Extremismus führt. Auch die Medien haben mit großen Herausforderungen zu kämpfen, insbesondere mit der Verbreitung von Misinformationen, die eine erhebliche Bedrohung für die Menschenrechte und die Freiheit darstellen.

Die Zukunft des Liberalismus hängt von der Schaffung einer soliden Rechtsstaatlichkeit ab, die durch belastbare Institutionen und rechtliche Rahmenbedingungen gestützt wird. Dies gewährleistet Stabilität in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht bei gleichzeitiger Wahrung der Menschenrechte. Dazu gehören auch die Wahrung der Demokratie, die Förderung der Menschenrechte und des wirtschaftlichen Fortschritts sowie der Umgang mit Unsicherheit und die Übernahme von Verantwortung, was für Gesellschaften eine Herausforderung darstellen kann. Wir leben in einer Zeit identitätsgesteuerter Ideologien, in der verschiedene Gruppen energisch für ihre Ziele eintreten.

Vor diesem Hintergrund hat das „Global Forum: Rethinking Liberalism“, das von lokalen Mitarbeitern der Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Mexiko-Stadt, Dakar, Rabat, Hanoi, Tunis, Jerusalem und Sofia organisiert wurde, Experten versammelte, um die Zukunft des Liberalismus zu diskutieren und eine Agenda für die Zukunft zu entwerfen. Dieses Dokument berücksichtigt unterschiedliche Hintergründe und Kontexte aus der ganzen Welt und ist eine gemeinsame Anstrengung, den Liberalismus durch globales Denken und lokales Handeln neu zu gestalten und zu positionieren.

Im ersten Abschnitt stellen wir eine Agenda zur Neubewertung des Liberalismus vor, wobei wir uns auf die Rechtsstaatlichkeit und die Rolle der Institutionen konzentrieren. Im zweiten Teil erkunden wir eine Agenda zur Förderung von Innovationen in der Marktwirtschaft, wobei wir den Schwerpunkt auf kleine und mittlere Unternehmen legen. Im dritten Abschnitt werden die Gefahren der Misinformation, der sozialen Medien und der Macht der Erzählungen untersucht. Im vierten Abschnitt schließlich skizzieren wir eine Agenda für Liberale, um strategische Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel vorzuschlagen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass dieses Dokument ein Aufruf zum Handeln ist: Ein globales Gespräch von Menschen, die auf der ganzen Welt mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert sind, das verschiedene Perspektiven und Hintergründe zusammenbringt, um einen Weg für den Liberalismus in unserer sich schnell verändernden Welt zu finden.

Liberalismus neu denken:

A. Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit

In einer Zeit, die durch den rasanten Aufstieg populistischer Bewegungen gekennzeichnet ist, hat sich das Konzept der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit gegenüber dem Populismus als entscheidendes Erfordernis für die Wahrung der demokratischen Integrität erwiesen.

Der Populismus, der von charismatischen Führern geprägt und vorangetrieben wird, die sich häufig einer spalterischen Rhetorik bedienen und etablierte Normen in Frage stellen, hat einen Schatten auf die Grundsätze der liberalen Demokratie geworfen. Er stellt eine gewaltige Herausforderung für die Rechtsstaatlichkeit dar, einen Eckpfeiler der demokratischen Regierungsführung und gibt Anlass zu großer Sorge über die Aushöhlung demokratischer Werte, Grundsätze und Institutionen.

Jede Epoche wird von einem Leitbegriff beherrscht, der die sozialen Beziehungen bestimmt und die politische Organisation, die Rechtsordnung und das gesellschaftliche Bewusstsein prägt. Der Rechtsstaat erfüllt heute diese Funktion und konnte seinen Einfluss mit dem Niedergang anderer Systeme ausbauen.

Die Rechtsstaatlichkeit beruht auf einer globalen Vision der Gesellschaft und dem eindringlichen Anspruch, dass das Recht die Aufgabe und die Fähigkeit hat, die Gesellschaft zu organisieren und die soziale Ordnung aufrechtzuerhalten. Es ist eine Rechtsordnung, die die Begrenzung und Kontrolle von Macht und damit den Schutz der Menschenwürde ermöglicht. Jeder Diskurs über Rechtsstaatlichkeit erfordert die Darstellung eines Katalogs von Grundsätzen, Rechten und Rechtstechniken und definiert das Verhältnis zwischen Macht und Individuum durch das Medium des Rechts, welches das ausschließliche Instrument zur Regelung der politischen und sozialen Organisation ist. Die Rechtsstaatlichkeit wird heute als Hauptmerkmal demokratischer Regime angesehen, und die Justiz muss ihr Garant sein. Letztlich soll sie den Geist der Gerechtigkeit umsetzen. Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit setzt voraus, dass es unabhängige und kompetente Gerichte gibt, die Konflikte zwischen verschiedenen juristischen Personen regeln und dabei sowohl das Legalitätsprinzip als auch den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz anwenden, der sich gegen jede unterschiedliche Behandlung der Bürger richtet.

Rechtsstaatlichkeit ist das Prinzip der Staatsführung, bei dem alle Personen, Institutionen und Einrichtungen, ob öffentlich oder privat, einschließlich des Staates selbst, für die Einhaltung offen verkündeter, einheitlich angewandter und unparteiisch beschlossener Gesetze verantwortlich gemacht werden. Diese Gesetze müssen auch mit den internationalen Grundsätzen der Menschenrechtsstandards in Einklang stehen.

Die Herausforderung liegt in der Kollision zwischen populistischen Narrativen und der Rechtsstaatlichkeit. Populistische Führer, die oft von einer Rhetorik des „Wir gegen sie“ und einem Appell an die Emotionen der Massen angetrieben werden, stellen häufig rechtliche und institutionelle Normen in Frage und versuchen, die Macht in den Händen einiger weniger („Wir“) zu konzentrieren. Die Folgen sind vielfältig: eine Schwächung der gegenseitigen Kontrolle, eine geringere Rolle unabhängiger Institutionen und eine potenzielle Missachtung der Grundsätze der Rechenschaftspflicht und Transparenz, die für das Funktionieren demokratischer Gesellschaften unerlässlich sind.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass es zur Wahrung der demokratischen Integrität unerlässlich ist, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Dies umfasst einen vielschichtigen Ansatz, der darauf abzielt, den rechtlichen Rahmen, die Institutionen und die demokratischen Normen gegen das Vordringen populistischer Kräfte zu stärken. Es erfordert eine proaktive Antwort auf die populistische Herausforderung, die die Rechtsstaatlichkeit als Schutz vor willkürlicher Macht stärkt und sicherstellt, dass demokratische Grundsätze auch in einem turbulenten politischen Klima Bestand haben.

In diesem Kapitel befassen wir uns mit dieser Notwendigkeit und untersuchen Strategien und Maßnahmen, die zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit als Schutzschild gegen Populismus eingesetzt werden können. Auf diese Weise wollen wir einen Weg nach vorn aufzeigen, der die Grundsätze von Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschenrechten aufrechterhält und die dauerhafte Widerstandsfähigkeit der liberalen Demokratie gegenüber populistischen Strömungen bekräftigt.

Strategien

1 Anreicherung der Rechtsquellen durch parlamentarische Bemühungen um mehr Legitimität

Ein strategischer Weg, um die Glaubwürdigkeit und Bedeutung der Institutionen zu stärken, ist die Erweiterung der Rechtsquellen durch parlamentarische Initiativen. Diese Vorgehensweise zielt darauf ab, die Legitimität von Rechtsverfahren zu erhöhen, indem ein breites Spektrum von Interessengruppen aktiv in die Rechtsetzung einbezogen wird. Wie Keane (2018) darlegt, stärkt die Einbeziehung von Beiträgen aus verschiedenen Quellen in den Gesetzgebungsprozess, insbesondere von gewählten Vertretern, das demokratische Fundament, auf dem die Institutionen stehen. Diese Vielfalt an Beiträgen fördert ein Gefühl der demokratischen Bestätigung, da Gesetze, die durch diesen kollaborativen Ansatz ausgearbeitet werden, ein breiteres Spektrum an gesellschaftlichen Standpunkten, Werten und Anliegen umfassen, im Gegensatz zu Gesetzen, die von Regierungen ohne viel parlamentarischen Input, Prüfung oder Debatte durch die Legislative gepeitscht werden.

Folglich spiegeln diese Gesetze die vielfältige Zusammensetzung der Bevölkerung, die sie regeln sollen, authentischer wider, was das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Institutionen, die für ihre Schaffung verantwortlich sind, stärkt.

2 Förderung von "Good Governance" praktiken (Gute Regierungspraktiken): Transparenz und Rechenschaftspflicht

Die Dringlichkeit der Förderung von Good-Governance-Praktiken liegt in ihrem inhärenten Beitrag zur Förderung der institutionellen Transparenz und Rechenschaftspflicht begründet. Die Erkenntnisse aus den Analysen der Korruptionswahrnehmung von Transparency International (2020) zeigen, dass Länder mit soliden Führungsmechanismen in der Regel ein niedrigeres Korruptionsniveau aufweisen. Eine solide Regierungsführung geht über die bloße Einhaltung von Verfahren hinaus und umfasst Prinzipien wie Transparenz, Verantwortlichkeit, Partizipation und die Vorherrschaft des Rechts. Dieser umfassende Ansatz schafft einen strukturierten Rahmen, der ein Umfeld schafft, das der institutionellen Integrität förderlich ist. Durch die Verankerung klarer Leitlinien, die Ermöglichung angemessener Kontrollen und die Schaffung von Kanälen für die Beteiligung der Bürger wirkt eine solide Regierungsführung wie ein Wächter gegen die drohende Gefahr einer unzulässigen Einflussnahme.

3 Vitalität einer unabhängigen Justiz im Hinblick auf ihre Effektivität

Die zentrale Rolle einer unabhängigen Justiz als Eckpfeiler einer funktionierenden Demokratie kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dahls bahnbrechende Arbeit (2001) unterstreicht, dass ein unparteiisches Justizsystem vor einer möglichen Machtkonzentration schützt und die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit stärkt. Wie die Studie von Helmke und Rosenbluth (2008) zeigt, untermauert die Forschung diese Idee, indem sie eine robuste Korrelation zwischen der Unabhängigkeit der Justiz, der wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Stabilität aufzeigt. Eine autonome Justiz ist ein hervorragender Schutz gegen populistische Versuche, die institutionelle Integrität zu untergraben. Durch die Wahrung der Grundsätze von Gleichheit und Gerechtigkeit trägt eine unabhängige Justiz entscheidend dazu bei, dass die Institutionen widerstandsfähig bleiben und die demokratischen Ideale aufrechterhalten werden.

4 Vorrang für Bildung und Bekämpfung von Fehlinformationen

Die Bedeutung einer soliden Bildung und der Kampf gegen Fehlinformationen stehen im Mittelpunkt, wenn es darum geht, Gesellschaften gegen populistische Bedrohungen zu immunisieren. Frühere Forschungen haben gezeigt, dass Menschen mit Fähigkeiten zum kritischen Denken weniger anfällig für Fehlinformationen sind. Die Förderung einer umfassenden staatsbürgerlichen Bildung erweist sich als Eckpfeiler einer Strategie, die die Bürger in die Lage versetzt, verlässliche Informationen von propagandistischen Erzählungen zu unterscheiden. Wie im nächsten Kapitel hervorgehoben

wird, ist es dringend erforderlich, Fehlinformationen mit faktenbasierten Erzählungen zu begegnen, die auf sachlicher Richtigkeit beruhen. Durch die Förderung einer Bevölkerung, die in der Lage ist, Fakten von Fiktion zu unterscheiden, können die Institutionen eine besser informierte Bürgerschaft heranziehen, die in der Lage ist, populistische Behauptungen kritisch zu bewerten und so die Widerstandsfähigkeit der demokratischen Institutionen zu stärken.

5 Förderung der gesellschaftlichen Vielfalt und des demokratischen Pluralismus

Die Akzeptanz und Förderung von gesellschaftlicher Vielfalt und demokratischem Pluralismus sind von zentraler Bedeutung für die Festigung des institutionellen Werts. Die Stärke vielfältiger Gesellschaften liegt in ihrer Fähigkeit, eine reiche Vielfalt an Perspektiven zu fördern, die solide politische Debatten anregen. Die Praxis der Inklusivität in Entscheidungsprozessen ist ein Beweis für die der liberalen Demokratie innewohnenden Werte. Indem sie einen partizipatorischen Ansatz fördern, der eine Vielzahl von Standpunkten einbezieht, untergraben die Institutionen die Anziehungskraft populistischer Narrative, die gesellschaftliche Spaltungen ausnutzen. Die Kultivierung einer pluralistischen Gesellschaft erhebt die Institutionen zu Plattformen, die ein Mosaik von Perspektiven anerkennen sowie einbeziehen und verleiht ihnen letztlich demokratische Widerstandsfähigkeit.

6 Soziale und wirtschaftliche Ungleichheit durch gemeinsame Anstrengungen bekämpfen

Die Bewältigung der Herausforderung sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten durch strategische Allianzen und sozialpolitische Maßnahmen erweist sich als wirksame Strategie, um der Verbreitung populistischer Narrative entgegenzuwirken. Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz behauptet, dass unkontrollierte Ungleichheit den sozialen Zusammenhalt zersetzt und die institutionellen Grundlagen untergräbt. Der Vorschlag, internationale Koalitionen zu bilden, um globale wirtschaftliche Ungleichgewichte zu beseitigen, bedeutet einen gemeinsamen Ansatz der liberalen Demokratien, um die Chancen in einem gerechteren Maßstab neu zu verteilen. Initiativen, die Auslandshilfe und Handelsabkommen umfassen, zeugen von den konzertierten Bemühungen der Nationen, Stabilität und Zusammenarbeit zu fördern und den fruchtbaren Boden zu untergraben, auf dem populistische Bewegungen oft Wurzeln schlagen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der skizzierte facettenreiche Ansatz, die parlamentarischen Initiativen, verantwortungsvolle Regierungsführung, die Unabhängigkeit der Justiz, Bildung, die Förderung von Vielfalt und die Bekämpfung von Ungleichheit, einen umfassenden Rahmen für die Stärkung der Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit gegenüber den Bedrohungen durch Populismus darstellt. Diese Strategien tragen gemeinsam dazu bei, die demokratischen Grundsätze zu stärken, die Glaubwürdigkeit der Institutionen zu erhöhen und die Widerstandsfähigkeit gegenüber den von populistischen Ideologien verursachten Herausforderungen zu fördern.

Liberalismus neu denken:

B. Ein Weg zu einer ausgewogenen Marktwirtschaft

In einer Welt, in der populistische Narrative oft die Grenzen zwischen Liberalismus und Kapitalismus verwischen, ist es zwingend notwendig sie zu entflechten, um Missverständnissen wirksam entgegenzuwirken und ein nuanciertes Verständnis ihrer Rolle bei der Gestaltung von Gesellschaften zu fördern. Dieses Kapitel befasst sich mit der kritischen Unterscheidung zwischen Liberalismus und Kapitalismus, beleuchtet ihre einzigartigen Merkmale und zeigt auf, wie sie in einer gut regulierten Marktwirtschaft koexistieren. Auf diese Weise ebnen wir den Weg für eine eingehendere Untersuchung der künftigen liberalen Agenda für die Marktwirtschaft, die darauf abzielt, individuelle Freiheit mit sozialer Verantwortung, Inklusivität und Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen.

Der erste Abschnitt dieses Kapitels verdeutlicht die grundlegenden Unterschiede zwischen Liberalismus und Kapitalismus. Beide können zwar Hand in Hand gehen, sind aber keineswegs austauschbar. Der Liberalismus setzt sich für individuelle Freiheiten, begrenzte staatliche Eingriffe und den Schutz der Bürgerrechte ein. Gleichzeitig geht es im Kapitalismus in erster Linie um das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Dynamik des Marktes. Diese Klarheit ist von entscheidender Bedeutung, um irreführenden populistischen Erzählungen entgegenzutreten und die potenzielle Synergie zwischen diesen Ideologien hervorzuheben.

Mit diesem grundlegenden Verständnis erkunden wir die zukünftige liberale Agenda für die Marktwirtschaft. Diese zukunftsorientierte Vision steht im Einklang mit den Kernprinzipien des Liberalismus, die die Rechte des Einzelnen und die soziale Verantwortung betonen. Es werden vier Hauptsäulen identifiziert, die den liberalen Ansatz für eine ausgewogene Marktwirtschaft verkörpern: Stärkung des Unternehmertums, Förderung der lokalen Wirtschaft, kollektives Handeln und Betonung einer verantwortungsvollen Regierungsführung.

Unterscheidung zwischen Liberalismus und Kapitalismus

Der Populismus lebt oft davon, dass die liberale Wirtschaftspolitik als Begünstigung der Elite auf Kosten der Arbeiterklasse dargestellt wird. Dieses Missverständnis beruht auf einem grundlegenden Missverständnis zwischen Liberalismus und Kapitalismus. Es ist von entscheidender Bedeutung, diese Unterscheidung zu klären, um dem Populismus wirksam zu begegnen.

Der Liberalismus als politische und wirtschaftliche Ideologie betont die individuellen Freiheiten, begrenzte staatliche Eingriffe und sorgt für den Schutz der bürgerlichen Freiheiten. In seinem Kern strebt der Liberalismus eine Gesellschaft an, in

der der Einzelne die Autonomie hat, Entscheidungen über sein Leben zu treffen und seine eigenen Ziele zu verfolgen. Der Liberalismus setzt sich für eine starke Rechtsstaatlichkeit ein, die den Bürgerrechten und Freiheiten Vorrang einräumt und soziale Sicherheitsnetze bereitstellt.

Andererseits ist der Kapitalismus in erster Linie ein Wirtschaftssystem, das durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln und das Funktionieren der Märkte gekennzeichnet ist. Er schreibt nicht von Natur aus politische Werte oder Sozialpolitik vor. Der Kapitalismus beinhaltet einen freien Markt, Eigentumsrechte und das Streben nach Gewinn als treibende Kraft.

Liberalismus und Kapitalismus können zwar nebeneinander bestehen, sind aber keine Synonyme. Es ist wichtig zu erkennen, dass liberale Demokratien Marktwirtschaften mit einem unterschiedlichen Maß an Regulierung durch institutionelle Rahmenbedingungen und Rechtsstaatlichkeit einführen. Der Liberalismus fördert auch das Privateigentum; allerdings beruht die Unterscheidung auf der Anhäufung von Regierungskorruption in mehreren Händen und nicht auf den verschiedenen Möglichkeiten, die die Marktwirtschaft und der Wettbewerb bieten.

Diese Synergie zwischen Liberalismus und Kapitalismus wird von Wissenschaftlern wie Rawls (2001) hervorgehoben, der für einen „gerechten Markt“ innerhalb eines liberalen Rahmens plädiert, der Ungleichheiten beseitigt und eine gerechte Verteilung der Ressourcen gewährleistet. Darüber hinaus betont Stiglitz (2019) die Notwendigkeit eines progressiven Kapitalismus, der Marktmechanismen mit einer soliden Sozialpolitik kombiniert, um Ungleichheit zu verringern und gesellschaftliche Herausforderungen anzugehen.

Indem wir den Unterschied zwischen Liberalismus und Kapitalismus klarstellen, können wir den irreführenden Erzählungen der Populisten entgegentreten und ihr Engagement für individuelle Freiheiten innerhalb einer gut regulierten Marktwirtschaft hervorheben. Dieser nuancierte Ansatz kann bei einem breiteren Publikum Anklang finden und ein genaueres Verständnis der liberalen Werte fördern.

Förderung einer Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung: Die zukünftige liberale Agenda

In einer Zeit, die von Vielfalt und dem Streben nach unkonventionellen Wegen geprägt ist, ist die liberale Agenda für die künftige Marktwirtschaft darauf ausgerichtet, den sich wan-

delnden Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht zu werden. Sie zielt darauf ab, die Rechte des Einzelnen zu wahren, Chancen für alle zu schaffen und ein integratives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern. Diese Vision steht im Einklang mit den Grundsätzen des Liberalismus, die individuelle Freiheit und soziale Verantwortung betonen.

1 Förderung von unkonventionellem Unternehmertum und Schutz der Ansichten von Minderheiten

Die künftige liberale Agenda befürwortet den Schutz derjenigen, die unkonventionelle Wege gehen oder Minderheitenmeinungen vertreten und weitet dieses Prinzip auf den wirtschaftlichen Bereich aus. Wir glauben an den Schutz individueller Rechte und Möglichkeiten, insbesondere für diejenigen, die sich in nicht-traditionelle unternehmerische Unternehmungen wagen. Wir verkörpern den Glauben an die Chancengleichheit, indem wir Hindernisse beseitigen und vielfältige unternehmerische Bemühungen unterstützen.

2 Förderung einer robusten lokalen Wirtschaft

Im Mittelpunkt unserer Vision steht die Anerkennung der zentralen Rolle, die die lokale Wirtschaft bei der Förderung des Wirtschaftswachstums spielt. Wir sind der festen Überzeugung, dass eine robuste lokale Wirtschaft vielfältige und integrative Möglichkeiten schafft und die Grundsätze der Chancengleichheit und des gesellschaftlichen Engagements verkörpert. Dieser Ansatz fördert das Unternehmertum, stärkt die Bindungen zwischen den Gemeinschaften und gewährleistet, dass das Wirtschaftswachstum allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommt.

3 Kollektives Handeln und kooperative Regierung fördern

Wir erkennen die Bedeutung kollektiven Handelns und kooperativen Regierens bei der Gestaltung einer Marktwirtschaft an, die individuelle Freiheit und kollektive Verantwortung in Einklang bringt. Wir setzen uns dafür ein, Synergien mit bestehenden Organisationen zu schaffen, um nachhaltige Wirtschaftssysteme zu entwickeln. Dieser kooperative Ansatz stellt sicher, dass die Vorteile des Wirtschaftswachstums breit gestreut werden und dass die Gesellschaft ihre Herausforderungen gemeinsam angeht.

4 Verantwortungsvolle Führung und Marktstabilisierung

Wir betonen die Eigenverantwortung und das Unternehmertum des Einzelnen, erkennen aber auch die wichtige Rolle des Staates bei der Stabilisierung der Volkswirtschaften und der Behebung von Marktversagen an. Eine verantwortungsvolle Regierungsführung ist unerlässlich, um wirtschaftliche Stabilität und Fairness zu gewährleisten. Unser Engagement für eine wirksame Regierungsbeteiligung beruht auf der Überzeugung, dass ein gut regulierter Markt für den Schutz der Rechte des Einzelnen und die Förderung der sozialen Verantwortung unerlässlich ist.

Lösungen für eine ausgewogene zukünftige Marktwirtschaft

Um unsere Vision zu verwirklichen, schlagen wir zwei entscheidende Lösungen vor:

1. Politische Maßnahmen für integratives Unternehmertum: Wir setzen uns für eine Politik ein, die unternehmerisches Handeln für alle ermöglicht. Diese Maßnahmen beseitigen Zugangsbarrieren und schaffen ein Umfeld, in dem Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund am Markt teilnehmen können. Unser Engagement für Chancengleichheit bedeutet, dass jeder die Chance haben sollte, seine unternehmerischen Ambitionen zu verfolgen.

2. Förderung der lokalen Wirtschaft: Wir schlagen die Schaffung von Ökosystemen vor, die die lokale Wirtschaft fördern, mit besonderem Schwerpunkt auf kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Um dies zu erleichtern, sollten sich die Staatsausgaben an der effizienten Verwendung der Beiträge der Steuerzahler orientieren. Die KMU müssen durch einen besseren Rechtsrahmen und einfachere Steuervorschriften unterstützt werden. Dieser Ansatz fördert die wirtschaftliche Diversifizierung im Rahmen der Gemeinschaftsentwicklung und stellt sicher, dass das Wirtschaftswachstum nachhaltig und sozialverträglich ist. Darüber hinaus können die digitale Transformation der Regierungen weltweit und die Einführung von Prozessen zur kostenlosen Online-Eröffnung von Unternehmen, die Kosten für Unternehmer senken und dazu beitragen, die informelle Wirtschaft in eine formellere Wirtschaft umzuwandeln.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die liberale Agenda der zukünftigen Marktwirtschaft ein Gleichgewicht zwischen individueller Freiheit und sozialer Verantwortung anstrebt. Sie fördert ein Wirtschaftswachstum, das integrativ und nachhaltig ist und unterschiedliche Perspektiven und unkonventionelle Wege berücksichtigt. Durch die Förderung des Unternehmertums, die Stärkung der lokalen Wirtschaft, die Förderung kollektiven Handelns und das Eintreten für eine verantwortungsvolle Regierungsführung, wollen wir eine Marktwirtschaft schaffen, die allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommt.

Liberalismus neu denken:

C. Freiheit im Kontext der Misinformation

Die Informationsfreiheit ist einer der Grundwerte des Liberalismus. Die Möglichkeit, dass die Öffentlichkeit Zugang zu faktengeprüften, wahrheitsgetreuen Informationen hat, beeinflusst viele Freiheiten, die für das Funktionieren des demokratischen Apparats unerlässlich sind, wie etwa die Redefreiheit, die Partizipation und die politische Organisation. Über Jahrhunderte hinweg waren Journalisten und Medien die wichtigsten Hüter dieser Freiheit, da sich die Gesellschaft historisch gesehen durch sie artikuliert, was Habermas als *Öffentlichkeit bezeichnet hat*¹. Im 18. Jahrhundert ermöglichten es Zeitungen den Menschen außerhalb des politischen Systems zum ersten Mal, einen Blick auf die Diskussionen und Kämpfe der Aristokraten zu werfen (Curran, 2011). Die Gefühle und Vorlieben der einzelnen Bürgerinnen und Bürger wurden für den Prozess der Politikgestaltung und -anwendung relevant. So wurde der öffentliche Raum zum Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft und die Bürger gewannen institutionalisierten Einfluss auf ihre Regierung (Habermas, 1964).

Im 20. Jahrhundert, mit der Verbreitung und Ausweitung technologischer Fortschritte wie Fernsehen, Radio, Datenverarbeitung und Internet, gewannen die Medien in Demokratien auf der ganzen Welt an Bedeutung für den Aufbau informierter öffentlicher Diskussionen. Curran zufolge hat die Bedeutung der Journalisten und ihrer Medien für die Wahrung liberaler Werte zu Begriffen wie „Vierter Staat“, „Vierte Macht“ und sogar „Watchdogs“ geführt, wenn es um die Macht der Medien geht. Dieser Einfluss hat sich jedoch nicht immer zum Vorteil der Öffentlichkeit ausgewirkt: Politische Akteure lernten schnell, ihre Agenda über die Medien voranzutreiben und begehrten die Aufmerksamkeit der Journalisten. Die gemeinsame Kampagne von Regierung, Zeitungen und Fernsehsendern, die 2003 zur US-Invasion im Irak führte, ist eine eindringliche Warnung vor der unkontrollierten Macht der öffentlichen Akteure.

Fehlinformationen und Populismus

Die Beziehung zwischen populistischen Führern und den Medien ist seit jeher von gegenseitiger Abhängigkeit geprägt (Fernandes et al., 2021). Dies hat es dem populistischen Diskurs ermöglicht, sich in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Selbst wenn die etablierten journalistischen Medien populistische Politiker kritisieren, wird über ihre Aktivitäten, ihre Agenda und ihre Ideen berichtet, wodurch sie Ansichten und Einnahmen generieren. Es muss betont werden, dass populistische Politiker nicht an der Diskussion politischer Konzepte interessiert sind. Ihre von Emotionen geprägten Botschaften und ihre Persönlichkeit führen zu einer wütenden und irrationalen Kom-

munikation, die von der breiten Masse zwar abgelehnt oder absorbiert, aber dennoch verbreitet wird. Sie sind populär und unterhaltsam, und vielleicht erklärt dies die Allgegenwart rechtspopulistischer Persönlichkeiten in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts. Der ehemalige italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi war beispielsweise ein bekannter Medienmogul. Sein Charisma und sein Einfluss ermöglichten es ihm, Ministerpräsident zu werden, ohne zuvor ein öffentliches Amt bekleidet zu haben.

Seit 2016 sind wir jedoch Zeuge einer Neukonfiguration der Beziehungen zwischen populistischen Führern, Journalisten, Medien, der Öffentlichkeit und der Entstehung dessen, was einige Autoren als „digitalen Populismus“ bezeichnen. Im Wesentlichen nutzen populistische Führer jetzt soziale Medien, um direkt mit ihrer Basis zu kommunizieren (Flew und Iosifidis, 2020). Indem sie traditionelle Informationskanäle umgehen, fördern sie eine „entmediatisierte“ Kommunikation mit ihren Anhängern. Die Journalisten und Medien, die früher als Vermittler zwischen Gesellschaft und Macht fungierten, werden heute sowohl von rechts- als auch von linkspopulistischen Figuren wie Donald Trump, Jair Bolsonaro, Rodrigo Duterte, Andrés Manuel López Obrador und den Führern nationalistischer Parteien und Bewegungen wie dem Brexit als „Feind“ bezeichnet.

Populistische Führer argumentieren, dass die von den traditionellen Medien verbreiteten Informationen nur der *Elite* zugute kommen und betonen beispielsweise, dass die Eigentümer liberaler Medien bestimmte wirtschaftliche Interessen haben, die sie durch ihre Unternehmen fördern (Tant, 2021). Auch wenn die Überschneidung von journalistischen und wirtschaftlichen Interessen manchmal nicht zu leugnen ist, so ist diese Beziehung doch weit weniger beabsichtigt und kontrolliert als bei populistischen Figuren. Im Gegensatz dazu bieten diese Führungspersönlichkeiten „echte Informationen“ an, die angeblich dem „gesunden Menschenverstand“ entspringen und dem „Nutzen des Volkes“ dienen. In *The Routledge Companion to Media Disinformation and Populism* charakterisieren Tumber und Waisbord (2021) Misinformation als einen absichtlichen Versuch, die Öffentlichkeit zu verwirren. Im Vergleich dazu bezieht sich Misinformation auf falsche Informationen über relevante politische und soziale Themen. Darüber hinaus werden die grundlegenden Praktiken des Journalismus wie Mäßigung, Faktenüberprüfung und Neutralität von populistischen Führern als „elitäre Beschränkungen“ von Informationen angesehen, die das Gefüge der öffentlichen Sphäre selbst angreifen (Durazo-Herrmann, Gosselin und Harell, 2021). Populisten haben ein Narrativ vom reinen

¹ Die „öffentliche Sphäre“ wird im Allgemeinen als der soziale Raum verstanden, in dem unterschiedliche Meinungen geäußert, Probleme von allgemeinem Interesse diskutiert und kollektive Lösungen kommunikativ entwickelt werden. (Wessler und Freudenthaler, 2017).

Volk gegen die Elite geschaffen (Shulz et al., 2018), in dem die Medien Teil dieser besagten Elite sind, die Informationen zurückhält und korrumpiert.

Während man argumentieren kann, dass die Atomisierung von Informationen eine größere Vielfalt von Meinungen und Themen bedeutet, neigt der populistische Diskurs dazu, Unterschiede gleich zu machen und ein einziges monolithisches politisches und soziales Ideal zu fördern. Jeder Versuch eines Dialogs oder einer Anfechtung dieses Ideals wird unter dem Etikett des Elitismus und der Verschwörung angegriffen, wodurch eine „polarisierte, antirationale, postfaktische und postwahre Kommunikation, die vom Populismus gefördert wird“ (Tumber und Waisbord), entsteht. Soziale Medien ermöglichen eine Vielzahl von Ausdrucksformen des Selbst. Sie isolieren jedoch auch die Menschen und schaffen virtuelle Echokammern, in denen der einzelne Bürger nur mit Gleichgesinnten kommuniziert und nie zum Dialog mit der Gegenseite gezwungen ist, wodurch die *Habermas'sche* Öffentlichkeit rasch untergraben wird (Flew und Iosifidis, 2020). Dies führt zu einer „Postfaktischen“ Gesellschaft, in der Beweise für die politischen und sozialen Überzeugungen der Menschen nicht mehr relevant zu sein scheinen, die stattdessen von Gefühlen und Emotionen geleitet werden (McIntyre, 2018).

Die Folgen dieser Postfaktischen Gesellschaft sind offensichtlich. Traditionelle wahrheitssuchende Institutionen wie der Journalismus und die Wissenschaft wurden in Frage gestellt. Es wurde ein Kommunikationsraum geschaffen, in dem Fake News, Verschwörungstheorien und unwissenschaftliches Denken die Oberhand gewinnen und sich verbreiten können (Fernandes et al., 2021). So wurden beispielsweise während der COVID-19 Pandemie zuverlässige wissenschaftliche Informationen in einem Meer von Panik, Unglauben und Fehlinformationen verwässert, die häufig von populistischen Regierungschefs verbreitet wurden, die befürchteten, dass sich die Gesundheitskrise zu Unzufriedenheit und Kritik in der Bevölkerung ausweiten würde.

Mögliche Strategien

In seiner Analyse von *Le Média*², stellt Tant fest, dass die Teilhabe am Wirtschaftsliberalismus häufig ein Knotenpunkt der Kritik von populistischen Medienzweigen ist. Das ist kein Zufall, denn der Liberalismus tritt für Vielfalt und Chancen auf der Grundlage von Wahrheit, Beweisen und Freiheit ein. Als Liberale müssen wir uns bemühen, die öffentliche Sphäre in unseren Ländern zu reparieren, indem wir Medien stärken, die den sozialen Dialog zwischen einzelnen Bürgern und öffentlichen Akteuren fördern und dennoch ein Gegengewicht zur Macht bilden. Eine Rückkehr zu den goldenen Zeiten des Journalismus kommt jedoch nicht in Frage. In den letzten Jahren hat sich die technologische und wirtschaftliche Landschaft zu sehr verändert, als dass man sich allein auf private Medien verlassen könnte. Sofortige oder reaktive Lösungen für populistische Angriffe müssen ebenfalls vermieden werden. Wir erreichen ein kompetentes und ziviles Niveau des öffentlichen Diskurses und der Diskussion nur durch langfristige,

dauerhafte Veränderungen in der Art und Weise, wie wir Inhalte produzieren und konsumieren. Es braucht eine Herangehensweise, die, die der populistischen Versuchung widersteht und gleichzeitig demokratischen Dissens und Meinungsvielfalt fördert. Im Folgenden werden mögliche Strategien vorgestellt, die jeder einzelne Bürger in seinem Land anwenden kann, um freien Journalismus und bessere Medienpraktiken zu fördern:

1 Förderung der Medienkompetenz und der digitalen Medienkompetenz

Für moderne Populisten ist jede Institution, die nicht mit ihren eigenen Idealen übereinstimmt, elitär und falsch. Dazu gehören die Medien, die Wissenschaft und sogar die Schulen. Die Förderung der Medien- und digitalen Medienkompetenz im Bildungssystem und durch Webinare, soziale Medien und soziale Einrichtungen ist ein grundlegendes Instrument zur Bekämpfung von Misinformation und zur Förderung des kritischen Denkens bei jüngeren Generationen. Laut Ranieri (2018) haben Medien und digitale Medienkompetenz einen wesentlichen Einfluss darauf, wie Schüler Bedeutung schaffen und Wissen analysieren. Durch besser vorbereitete und kritischere Schüler, die Mainstream- und soziale Medien nicht nur nutzen, sondern sich auch trauen, sie zu hinterfragen, werden junge Menschen zu politischen Akteuren und nicht zu Zielscheiben von politischen Botschaften und Propaganda. Die Schüler müssen in Themen unterrichtet werden, die vor der Verbreitung der sozialen Medien als irrelevant galten oder bereits überholt waren, wie Hassreden, Fake News, wissenschaftliche Methoden, Rassismus und Meinungsfreiheit.

2 Unterstützung von Netzwerken zur Überprüfung von Fakten

Der Populismus nimmt je nach Standort unterschiedliche Formen an, neigt aber im Allgemeinen dazu, Rationalitätsmodelle in Frage zu stellen (Laclau, 2005). Die Unterstützung und Stärkung ziviler Einrichtungen, die gute journalistische Praktiken und Faktenüberprüfung fördern, kann dazu beitragen, den Einfluss des Populismus in der Öffentlichkeit einzudämmen und informiertere Diskurse und Debatten zu schaffen. Das Poynter Institute for Media Studies ist in dieser Hinsicht eine bahnbrechende Einrichtung, aber das reicht bei Weitem nicht aus. Als Bürger sollten wir die Nutzung von Netzwerken zur Überprüfung von Fakten unterstützen sowie die Verwendung zuverlässiger Quellen.

Eine weitere wichtige Maßnahme, um die Atomisierung des öffentlichen Interesses einzudämmen, ist die Förderung von Medienallianzen und die Partnerschaft zwischen Faktenkontrollnetzwerken, Mainstream-Medien und Journalistengewerkschaften, um eine gemeinsame Grundlage für die Berichterstattung und Veröffentlichung von Nachrichten zu schaffen. Tant argumentiert, dass der Journalismus eine Disziplin ist, die durch ihre ständige Selbstkritik und den meta-journalistischen Diskurs die Bedingungen für Evolution und Verbesserung schafft (2021). Vielleicht könnten die Medien

² Ein französisches Presseorgan mit engen Verbindungen zur populistischen Partei La France Insoumise.

neue Einnahmemöglichkeiten auf Grundlage wahrheitssuchender Praktiken finden, wenn sie das Fachwissen von Faktenprüfern, Experten und Akademikern in ihre journalistische Arbeit stärker einbezögen.

Die Verbreitung von Fake News führt jedoch dazu, dass die Überprüfung der Fakten nicht mehr ausreicht. Müller und Denner erklären, dass die Löschung oder diskursive Bekämpfung von Fake News zu einem Teufelskreis führt, in dem sich die Menschen noch mehr von den traditionellen Journalisten entfremdet fühlen. Stattdessen sollte der Misinformation durch ganzheitliche Bemühungen entgegengewirkt werden, die sich auf die Medienkompetenz der Öffentlichkeit stützen und auf Menschen zugehen, die sich von den „Mainstream-Medien“ abgewandt haben und zu fragwürdigeren Kanälen übergegangen sind (2019). Dieser Dialog würde den öffentlichen Raum stärken und das Wiederaufleben eines auf Wissenschaft und Fakten basierenden Konsenses ermöglichen.

3 Neue Arten von Journalismus unterstützen

Der traditionelle Journalismus und die Veröffentlichung von Informationen reichen nicht mehr aus, um die Öffentlichkeit zu schaffen und zu beeinflussen. Nie zuvor verfügten wir über die technologischen Möglichkeiten, die wir heute haben, und doch scheinen sie den Isolationismus und die Fragmentierung des öffentlichen Diskurses anstelle von Dialog und Kommunikation gefördert zu haben. Die jüngeren Generationen sehen den traditionellen Journalismus mit seiner geradlinigen Erzählweise und seinem informativen Charakter als veraltet und wenig ansprechend an. Die Entwicklung und Ausbildung anderer Arten von Journalismus, die uns helfen, unsere aktuelle Realität besser zu verstehen, könnte sowohl den Verbrauchern als auch den Medienproduzenten zugute kommen. Zum Beispiel Lösungsjournalismus, Politikredaktion, Bürgerjournalismus, Unternehmerjournalismus, investigativer Journalismus, Social-Media-Journalismus und Rechenschaftspflicht öffentlicher Akteure.

4 Digitale Interessenvertretung

Auch wenn wir in diesem Kapitel die Nutzung sozialer Medien durch populistische Führer kritisiert haben, können dieselben sozialen Medien auch für die digitale Lobbyarbeit und die Aufklärung über Misinformation genutzt werden. Liberale Aktivisten können diese Plattformen nutzen, um gegen Fake News vorzugehen, die von populistischen Kanälen und Akteuren verbreitet werden. Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung ist unerlässlich, um eine aktivere und aktuellere Politik zur Bekämpfung von Misinformation zu fordern. Trotz der überwältigenden Veränderungen, die die Medien- und Technologielandschaft in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat, braucht eine starke Demokratie immer noch zuverlässige Gegengewichte zur Macht.

Liberalismus neu denken:

D. Der Kampf gegen den Klimawandel

Der Klimawandel stellt eine einzigartige Herausforderung für den Liberalismus und die demokratischen Gesellschaften auf der ganzen Welt dar. Während die Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen wie Populismus, Fehlinformation und Rechtsstaatlichkeit für die Förderung freier, liberaler Länder und Individuen unerlässlich sind, interessieren uns der Klimawandel und seine Folgen dringender, denn sie bergen eine unmittelbare Gefahr für die Menschheit.

In den letzten Jahren wurde die liberale Doktrin wegen ihrer Ineffizienz bei der Bewältigung des Klimawandels in Frage gestellt. Grüne Parteien, Aktivisten und Wissenschaftler haben die liberalen Ideen des freien Marktes zu Recht als unzureichend für den Umgang mit der Klimakrise kritisiert. Shaw (2023) betont nachdrücklich, dass liberale Politiken darauf abzielen, die Auswirkungen des Klimawandels innerhalb des freien Marktes abzumildern, anstatt die Unvereinbarkeit zwischen einem freien Markt und der Rettung der Umwelt anzuerkennen. Ein weiterer gängiger Kritikpunkt ist die Betonung der individuellen Freiheit durch den Liberalismus, die die Fähigkeit der Regierung behindert, eine gemeinsame Basis zu finden und eine drastischere Umweltpolitik zu betreiben. Wainwright und Mann schreiben in ihrer Analyse, Herausforderungen des Liberalismus in Bezug auf die globale Erwärmung, dass dadurch, dass das Individuum im Mittelpunkt unseres politischen und wirtschaftlichen Systems steht, das Kollektiv und die Gemeinschaft in den Hintergrund getreten sind (2018).

Die Art der Krise und die vermeintliche Passivität der liberalen Industrieländer bei ihrer Bewältigung haben zur Verbreitung grüner Parteien und Politiker geführt, die eine stärkere Beteiligung der Regierung an Wirtschafts- und Umweltfragen fordern und sogar für die Schaffung supranationaler Einrichtungen plädieren, die die Klimawandelpolitik überwachen (Pennington, 2008). Wainwright und Mann argumentieren, dass, wenn die liberalen Demokratien nicht in der Lage sind, mit der Umweltkrise umzugehen, es möglich ist, dass wir den Aufschwung des grünen Nationalismus und sogar des Ökofaschismus auf der ganzen Welt erleben werden und dass eine solche Regierung wenig Rücksicht auf Konzepte wie Demokratie und Menschenrechte nehmen würde, wenn sie um des „größeren Wohls“ willen argumentiert (ebd.).

Als Liberale akzeptieren wir die Bedrohlichkeit der Klimakrise, die damit verbundenen Herausforderungen und die bisherigen Unzulänglichkeiten der Regierungen bei der Ergreifung entscheidender Maßnahmen zur Eindämmung des weiteren Klimawandels. Wir halten es jedoch auch für wichtig, nicht in Panikdenken zu verfallen oder sich nicht-demokratischen Regierungsformen als eine Art „letzte Ressource“ zur Bewältigung der Klimakrise zuzuwenden. Wir argumentieren, dass liberale Demokratien immer noch das beste Regierungssystem zur Bekämpfung des Klimawandels sind, wirtschaftliche

Freiheit und Stabilität zur Entwicklung einer soliden Umweltpolitik beitragen und dass persönliche Verantwortung notwendig ist, um langfristige Ergebnisse zu erzielen.

Diskurs & Kommunikation

Shaws (Ibid) virulentes Buch „Liberalism and the Challenge of Climate Change“ (Liberalismus und die Herausforderung des Klimawandels) argumentiert, dass alle Bemühungen, die aus den entwickelten liberalen Ländern kommen, den Klimawandel in verbale Konstrukte einschnüren und jede Möglichkeit ausschließen, über Umweltlösungen nachzudenken, die von der liberalen Agenda abweichen, die Werte wie persönliche Freiheit, einen freien Markt und demokratische Prozesse umfasst. Es ist leicht, seinen Standpunkt zu verstehen. Auf den meisten internationalen Gipfeltreffen wird zwar die Dringlichkeit des Klimawandels anerkannt, doch der Diskurs zielt in der Regel auf langfristige Ziele ab oder konzentriert sich ausschließlich auf die Frage, um wie viel Grad Celsius die Erderwärmung noch steigen darf, anstatt die Möglichkeit einer Welt ohne globale Erwärmung in Betracht zu ziehen. Außerdem wird der Schwerpunkt auf die Entwicklung nachhaltiger Technologien gelegt, die den Klimawandel stark einschränken würden, z. B. Elektroautos, die den CO₂-Ausstoß verringern würden.

Es ist wichtig zu akzeptieren, dass, auch wenn Innovationen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels spielen werden (wie wir in Abschnitt 4 erörtern werden), die saubere Technologie, die wir heute haben, nicht in großem Umfang produziert und angenommen werden kann und daher nicht ausreicht, um den Klimawandel auf die im Pariser Abkommen festgelegten 1,5 °C zu begrenzen. Es ist notwendig, eine dringendere Art der Kommunikation zu verbreiten und eine Sprache zu verwenden, die das Wesen der Krise korrekt wiedergibt, ohne die Demokratie oder die Freiheit in irgendeiner Weise zu beeinträchtigen.

Unser Ziel sollte es sein, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, den Diskurs in Richtung eines entschlosseneren Tons zu verändern und Wissen durch Bildungsprogramme, Webinare und Workshops zu vermitteln, wie man den Kohlenstoff-Fußabdruck reduzieren kann. Wir schlagen vor, die Rolle des Climate Technology Centre and Network (CTCN) zu stärken, um eine neue Art der globalen ökologischen Bürgerschaft zu schaffen. Eine, die nicht nur symbolisch ist oder von einigen wenigen „tugendhaften Bürgern“ (Fischer, 2017) getragen wird, sondern die darauf abzielt, dass sich jeder einzelne freie Bürger seiner Verantwortung bewusst wird, unseren Kohlenstoff-Fußabdruck zu reduzieren. Eine weitere Strategie ist die Förderung von Innovationen durch marktwirtschaftliche Instrumente, um durch die Entwicklung von „Smart Cities“ (intelligente Städte) eine nachhaltigere Welt zu schaffen.

Politisches Handeln und internationale Zusammenarbeit

Obwohl liberale Demokratien keine zufriedenstellenden Ergebnisse bei der Bekämpfung des Klimawandels erzielt haben, sind sie immer noch die beste Regierungsform, um dessen Auswirkungen zu bewältigen. Fredriksson und Neumayer (2013) argumentieren, dass demokratische Institutionen allein nicht ausreichen, um den Klimawandel aufzuhalten, aber sie betonen, dass langjährige demokratische Regierungen zu gegebener Zeit eine bessere Umweltpolitik erreichen können. In einer Demokratie kann die Umweltagenda von verschiedenen Interessengruppen vorangetrieben werden und der Regierungswechsel schafft, zumindest theoretisch, fähigere Führungskräfte für den Umgang mit Krisen wie der Klimakrise. Ward (2008) wies statistisch nach, dass autokratische Länder bei Umweltindikatoren viel schlechter abschneiden als demokratische Länder. Die kurze Lebensdauer von Autokraten führt dazu, dass sie sich nur auf kurzfristige Lösungen konzentrieren, die ihrem Regime wirtschaftlich zugute kommen. Die ökologischen Folgen ihrer Politik in 50 oder 100 Jahren haben für sie keine Priorität. Dies wird im Diskurs und in den Handlungen sowohl der rechts- als auch der links-populistischen Führer spürbar. Donald Trump zog die Vereinigten Staaten aus dem Pariser Abkommen zurück, mit der Begründung, dass dies sein Land in den wirtschaftlichen Ruin treiben würde. In Mexiko hat Andrés Manuel López Obrador Unternehmen, die mit sauberen Energien arbeiten, offen schikaniert und stattdessen die nationale Ölgesellschaft des Landes bevorzugt: Pemex. Keine dieser Entscheidungen wurde in beiden Ländern demokratisch diskutiert, sondern war Teil eines politischen Programms zweier populistischer Politiker.

Für uns Liberale ist es daher von entscheidender Bedeutung, die demokratischen Werte und ihre Bedeutung für die Bekämpfung des Klimawandels zu verteidigen. Wir schlagen vor, den freien Handel zu fördern, um den Transfer von grünen Technologien und Wissen zur Bekämpfung des Klimawandels zu ermöglichen, sowie die internationale Zusammenarbeit mit klaren Regeln zu verstärken. Die Durchsetzung von internationalen Gesetzen, Verträgen und Vereinbarungen sollte für liberale Regierungen Priorität haben, und Umweltverbrechen sollten zügig verfolgt werden. Wir unterstützen auch die Schaffung eines „New Green Deal“, der, so Lang, geeignet wäre, die Umweltkrisen zu beenden und die politischen Verwerfungen zu lösen, die sie verursacht haben. Im Jahr 2021 hat die UNO das Menschenrecht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt anerkannt (/HRC/RES/48/13). Auch wenn es sich hierbei um eine weiche politische Maßnahme handelte, markiert sie einen rechtlichen und politischen Weg für liberale Länder, den Klimawandel zu bekämpfen, ohne dabei demokratische Prozesse zu missachten.

Verantwortung

Viele der Angriffe, denen der Liberalismus von marxistischen und grünen Akademikern ausgesetzt ist, betreffen das Konzept der „individuellen Freiheit“. Da es für den Einzelnen keinen Anreiz gibt, das „Allgemeinwohl“ über seinen eigenen Gewinn zu stellen, scheint es nicht notwendig zu sein, Maßnahmen

zur Vermeidung des Klimawandels zu ergreifen. Diese düstere Sicht des freien Individuums wird jedoch durch Angst und Zynismus genährt. Barrett und Graddy (2000) argumentieren, dass in einer starken Wirtschaft, in der die wirtschaftlichen Bedürfnisse durch den Markt befriedigt werden, der Einzelne eher in der Lage ist, ein Interesse an Umweltfragen zu entwickeln und sich für eine strenge Klimapolitik einzusetzen. Während wir für die persönliche Freiheit eintreten, müssen wir auch auf die persönliche und nationale Verantwortung im Umgang mit dem Klimawandel drängen.

Der Bericht AR6 des Zwischenstaatlichen Ausschusses für den Klimawandel unterstreicht die Notwendigkeit von Maßnahmen auf allen Ebenen. Um die Einhaltung der Vorschriften zu gewährleisten, sollten wir strenge Strafen für Unternehmen verhängen, die die Vorschriften nicht einhalten und Anreize für Unternehmen schaffen, die auf umweltfreundlichere Verfahren umstellen. Unterstützungsmechanismen, wie Zuschüsse und Darlehen, können kleinen und mittleren Unternehmen bei diesem Übergang helfen. Steuergutschriften für nachhaltige Neugründungen können die Umweltziele fördern.

Eintreten für einen freien Markt

Im Gegensatz zu Shaws Argument gegen wirtschaftliche Freiheit argumentieren wir, dass ein freier Markt notwendig ist, um Lösungen und Vereinbarungen gegen den Klimawandel zu entwickeln. Pennington (2008) argumentiert, dass Lösungen für den Klimawandel aus der Erkenntnis erwachsen, dass „alles mit allem verbunden ist“; daher wird ein Markt, der Verbindungen, Austausch und Innovation fördert, bessere Lösungen hervorbringen als isolationistische Nationen, die getrennt voneinander arbeiten. Die Einführung einer Steuer auf Umweltverschmutzung, eine Idee, die dem Handel mit Kohlenstoffzertifikaten zugrunde liegt, wurde von liberalen Ökonomen wie Walter Eucken vor mehr als 70 Jahren vorgeschlagen. Dadurch werden die tatsächlichen Kosten der Umweltverschmutzung in die Kalkulationen der Unternehmen einbezogen und sie erhalten einen Anreiz, die Umweltverschmutzung ernsthaft zu bekämpfen. Darüber hinaus sollten wir uns auf die Förderung des Austauschs von Adoptionsstrategien für sauberere Energieformen konzentrieren und Bildung, Forschung und experimentelle Entwicklung so umgestalten, dass sie zur Schaffung von grünen Arbeitsplätzen beitragen, die Lösungen für den Klimawandel finden und die Einführung eines nachhaltigen Wirtschaftsmodells beschleunigen.

Wie wir betont haben, erfordert die Bewältigung der Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringt, eine gemeinsame Anstrengung, die die persönliche, finanzielle und staatliche Verantwortung umfasst. Der klassische Liberalismus setzt sich zwar für persönliche Entfaltung und finanziellen Wohlstand ein, ... duldet aber die unkontrollierte Ausbeutung von Ressourcen nicht und vernachlässigt auch nicht die ethischen Aspekte des Wirtschaftswachstums. Angesichts des dringenden Bedarfs an innovativen und wirksamen Lösungen für den Klimawandel erweist sich ein gewissenhafter und nachhaltiger marktwirtschaftlicher Ansatz als die praktikabelste Strategie, um dauerhafte Ergebnisse zu erzielen.

V. Schlussfolgerungen

Dieses Dokument stellt einen umfassenden und miteinander verknüpften Ansatz vor, um den Liberalismus neu zu überdenken, und bietet einen Entwurf für die Bewältigung der dringenden Herausforderungen unserer Zeit. Dieser Ansatz umfasst verschiedene Dimensionen, die gemeinsam dazu beitragen, die liberalen Grundsätze als Antwort auf die komplexen Gegebenheiten unserer Zeit neu zu gestalten.

Wir betonen die grundlegende Bedeutung der Verbesserung der Rechtssysteme und der Gewährleistung von Rechtssicherheit. Wir setzen uns für die Grundsätze der guten Regierungsführung und Transparenz ein und betonen die Notwendigkeit rechenschaftspflichtiger Institutionen. Darüber hinaus ist die Förderung einer informierten und engagierten Bürgerschaft durch Bildung und die Beseitigung von Fehlinformationen von entscheidender Bedeutung. Die Schaffung sozialer und wirtschaftlicher Chancengleichheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Förderung einer fairen und gerechten Gesellschaft.

Im wirtschaftlichen Bereich fordern wir die Stärkung von Unternehmertum und Innovation als Katalysatoren für Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und umweltfreundlichere Technologien. Wir betonen die Förderung der lokalen Wirtschaft und die Unterstützung kleiner Unternehmen als integrale Bestandteile der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und des Wohlergehens der Gemeinschaft. Die Betonung kollektiven Handelns und der Zusammenarbeit in der Geschäftswelt stellt sicher, dass die Marktkräfte für das Allgemeinwohl genutzt werden, während verantwortungsvolle Unternehmensführung und soziale Verantwortung der Unternehmen die negativen Auswirkungen eines unkontrollierten Kapitalismus abmildern.

Wir befassen uns auch mit der dringenden Herausforderung der Misinformation im digitalen Zeitalter. Die Unterstützung von Netzwerken und Initiativen zur Überprüfung von Fakten ist von entscheidender Bedeutung, um der Verbreitung von Falschinformationen entgegenzuwirken. Die Förderung der Entwicklung neuer Formen des Journalismus, bei denen Genauigkeit und Objektivität im Vordergrund stehen, trägt zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Medien bei.

Schließlich erkennen wir die existenzielle Bedrohung durch den Klimawandel und die Dringlichkeit sofortigen Handelns an. Eine Veränderung des Diskurses und der Kommunikation über den Klimawandel ist entscheidend, um die Unterstützung der Öffentlichkeit für Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels zu gewinnen. Politische Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene sind unabdingbar, um einen Systemwandel und eine globale Zusammenarbeit voranzutreiben. Die Förderung der persönlichen und nationalen Verantwortung für die Eindämmung des Klimawandels durch nachhaltige Praktiken und Maßnahmen ist ein ethisches Gebot zum Schutz unseres Planeten.

Zusammengenommen bieten diese Vorschläge einen ganzheitlichen und vernetzten Ansatz zur Wiederbelebung des Liberalismus im modernen Kontext und bekräftigen die Kernwerte des Liberalismus: Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Indem wir diese Prinzipien an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen, können wir gemeinsam eine gerechtere, wohlhabendere und liberalere Welt für alle anstreben.

Mitwirkende und Autoren

Vom 1. bis 4. Juni 2023 fand in Mexiko-Stadt, Mexiko, das *Global Forum: Rethinking Liberalism*, statt, auf dem Experten aus verschiedenen Ländern über die Zukunft des Liberalismus diskutierten und eine liberale Agenda entwarfen, die auf den Lehren aus den Bedrohungen durch den Populismus auf der ganzen Welt basiert.

Die Teilnahme und die Beiträge der folgenden Personen haben dieses Dokument möglich gemacht.

Bulgarien

Boryana Dzhambazova

Ivaylo Tsonev

Mexiko

Alexandra Arévalo

Alfredo Suárez

Claudia Terzi

Daniela Domínguez

David Gallegos

Fernando Cervantes

Francisco Padilla

Irina Burgaza

María José Salcedo

Octavio García

Oscar Rivas

Panambí Garcés

Ricardo López Cordero

Sebastian Erdmenger

Marokko

Chaimae Bourjij

Khadija Janati Idrissi

Souad Azemmat

Palästinensische Autonomiegebiete

Amir Bakri

Khaled Faqih

Rana Amad

Philippinen

John Nery

Senegal

Daouda Seck

Thierno Bocoum

Tunisien

Jasser Jebabli

Jihen Maatoug

Vietnam

Tien Pham Hung

VI. Literaturverzeichnis

- Barrett, S. & Graddy, K.** (2000). Freiheit, Wachstum, und die Umwelt. *Umwelt und Entwicklungsökonomie*, 5(4), 433-456. <https://doi.org/10.1017/s1355770x00000267>
- Curran, J.** (2011). *Medien und Demokratie*. Routledge.
- Dahl, R. A.** (2021). *On Democracy*. Yale University Press.
- Durazo-Herrmann, J., Gosselin, T., & Harell, A.** (2021). Populismus, Medien und Journalismus. *Brazilian Journalism Research*, 17(3), 522-535. <https://doi.org/10.25200/bjr.v17n3.2021.1487>
- Fernandes, C. M., Oliveira, L. A. de, Coimbra, M. R., & Campos, M. M. de.** (2021). Presse X Regierung. *Brazilian Journalism Research*, 17(3), 562-595. <https://doi.org/10.25200/bjr.v17n3.2021.1416>
- Fischer, F.** (2017). Klimakrise und die demokratische Perspektive. In *Oxford Scholarship Online*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780199594917.001.0001>
- Flew, T., & Iosifidis, P.** (2019). Populismus, Globalisierung und soziale Medien. *International Communication Gazette*, 82(1), 174804851988072. <https://doi.org/10.1177/1748048519880721>
- Fredriksson, P. G., & Neumayer, E.** (2013). Demokratie und Klimawandel-Politiken: Is History Important? *SSRN Electronic Journal*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.2203726>
- Habermas, J.** (1974). Die öffentliche Sphäre: Ein Enzyklopädie-Artikel (1964). *New German Critique*, 3(3), 49-55. <https://doi.org/10.2307/487737>
- Helmke, G., & Rosenbluth, F.** (2009). Regime und Rechtsstaatlichkeit: Judicial Independence in Comparative Perspective. *Annual Review of Political Science*, 12(1), 345-366. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.12.040907.121521>
- IPCC.** (2019). Sechster Sachstandsbericht - IPCC. [ipcc.ch](https://www.ipcc.ch/assessment-report/ar6/); IPCC. <https://www.ipcc.ch/assessment-report/ar6/>
- Keane, J.** (2018). *Macht und Demut: Die Zukunft der monitären Demokratie*. Cambridge University Press.
- Lang, A. F.** (2021). Globaler Konstitutionalismus: Eine praktische Universalie. *Globaler Konstitutionalismus*, 10(2), 367-375. <https://doi.org/10.1017/s2045381721000149>
- Laclau, E.** (2005). *Über populistische Vernunft*. Verso.
- Mcintyre, L. C.** (2018). *Post-Truth*. MIT Press.
- Müller, P., & Denner, N.** (2019, June 26). Countering Fake News: What Can Be Done to Counter Fake News? <https://www.freiheit.org/Sub-Saharan-Africa/What-Can-Be-Done-Counter-Fake-News>.
- Pennington, M.** (2008) Klassischer Liberalismus und ökologische Rationalität: The case for polycentric environmental law, *Umweltpolitik*, 17:3, 431-448, DOI: 10.1080/09644010802055659
- Ranieri, M.** (2016). Populismus, Medien und Bildung: Challenging discrimination in contemporary digital societies. In *Google Books*. Routledge.
- Rawls, J., & Kelly, E.** (2001). *Gerechtigkeit als Fairness: eine Neuformulierung*. Harvard University Press.
- Shaw, C.** (2023). Liberalismus und die Herausforderung des Klimawandels. <https://doi.org/10.4324/9780429463488>
- Schulz, A., Wirth, W., & Müller, P.** (2018). We Are the People and You Are Fake News: A Social Identity Approach to Populist Citizens' False Consensus and Hostile Media Perceptions. *Communication Research*, 47(2), 201-226. <https://doi.org/10.1177/0093650218794854>
- Stiglitz, J. E.** (2012). *Der Preis der Ungleichheit*. W.W. Norton.
- Stiglitz, J. E.** (2019). *People, Power, and Profits: Progressive Capitalism for an Age of Discontent*. W. W. Norton & Company.
- Tant, C.** (2021). Le Média - Eine populistische Kritik an Journalisten und Medien durch Journalisten. *Brasilianische Journalismusforschung*, 17(3), 628-651. <https://doi.org/10.25200/bjr.v17n3.2021.1431>
- Tumber, H. & Waisbord, S.** (2021). *The Routledge companion to media disinformation and populism*. Routledge.
- Transparency International.** (2020). *Korruptionswahrnehmungsindex*. [Transparency.org](https://www.transparency.org/en/cpi/2020). <https://www.transparency.org/en/cpi/2020>
- Wainwright, J.** (2020). *CLIMATE LEVIATHAN: eine politische Theorie unserer planetarischen Zukunft*. Verso.
- Ward, H.** (2008). Liberale Demokratie und Nachhaltigkeit. *Environmental Politics*, 17(3), 386-409. <https://doi.org/10.1080/09644010802055626>

